

S a t z u n g

der Stadt Drensteinfurt

zur 16. Änderung des Bebauungsplanes
Nr. 2.03 "Kernbrock"
gem. § 13 BauGB und § 81 BauO NW

vom 16. Oktober 1995

Der Rat der Stadt Drensteinfurt hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 07.06.95 aufgrund der §§ 13 und 10 des Baugesetzbuches vom 08.12.86 (BGBl.I.S.2254), zuletzt geändert mit Gesetz vom 22.04.93 (BGBl.I.S.466), des § 81 Abs. 4 BauO NW vom 26.07.84 (GV NW S. 419), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.11.92 (GV NW S.467) und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Neufassung vom 14.07.94 (GV NW S.666), folgende 16. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2.03 "Kernbrock" als Satzung beschlossen:

1. Für die Flurstücke Nr. 388 und 835 wird die festgesetzte Art der baulichen Nutzung aufgehoben und durch allgemeines Wohngebiet "WA" gem. § 4 BauNVO festgesetzt.
2. Für diese Grundstücke wird eine GRZ von 0,2 und eine GFZ von 0,4 festgesetzt.
3. Die Firsthöhe wird für die Baukörper mit 10,2 m über Straßenkrone festgesetzt.
4. Zwischen den Flurstücken 388 und 389/426 wird eine Linie zur Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen festgesetzt.
5. Der Auszug aus dem Bebauungsplan, in dem die Änderung zeichnerisch dargestellt ist, ist Bestandteil dieser Satzung.

Anzeigeverfahren:

wegen eines vorgetragenen Widerspruchs ist dieses Änderungsverfahren der Bezirksregierung Münster gem. § 11 Abs. 1 Baugesetzbuch angezeigt worden. Die Bezirksregierung Münster hat mit Verfügung vom 26.09.95 - Az. 35.2.1-5205-13/95 - keine Verletzung von Rechtsvorschriften gem. § 11 Abs. 3 BauGB geltend gemacht.

Offenlegung:

Die Satzung und die zeichnerische Darstellung mit der Begründung und Abwägung über die 16. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2.03 "Kernbrock", liegen im Bauamt der Stadt Drensteinfurt, Landsbergplatz 7, Zimmer 15, 48317 Drensteinfurt, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Über den Inhalt der 16. Änderung mit der Begründung und Abwägung wird auf Wunsch Auskunft erteilt.

Hinweis:

1. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuches über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach den §§ 39-42 Baugesetzbuch (BauGB) für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diese Änderung und auf die Vorschriften des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei ihrer nicht fristgemäßen Geltendmachung wird hingewiesen.
2. Ferner wird auf die Rechtsfolgen der §§ 214 und 215 Baugesetzbuch sowie des § 4 Abs. 6 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hingewiesen, wonach Verletzungen von Verfahrens-, Form- oder sonstiger Vorschriften über die Bauleitplanung des Baugesetzbuches oder der Gemeindeordnung sowie Mängel in der Abwägung beim Zustandekommen dieser Satzung unbeachtlich sind, wenn sie im Fall des § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 nicht innerhalb eines Jahres und Mängel der Abwägung nicht innerhalb von 7 Jahren nach Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Drensteinfurt geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Im Fall des § 4 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen bedarf es dabei der Angabe der verletzten Rechtsvorschriften und der Tatsache, die den Mangel ergibt.

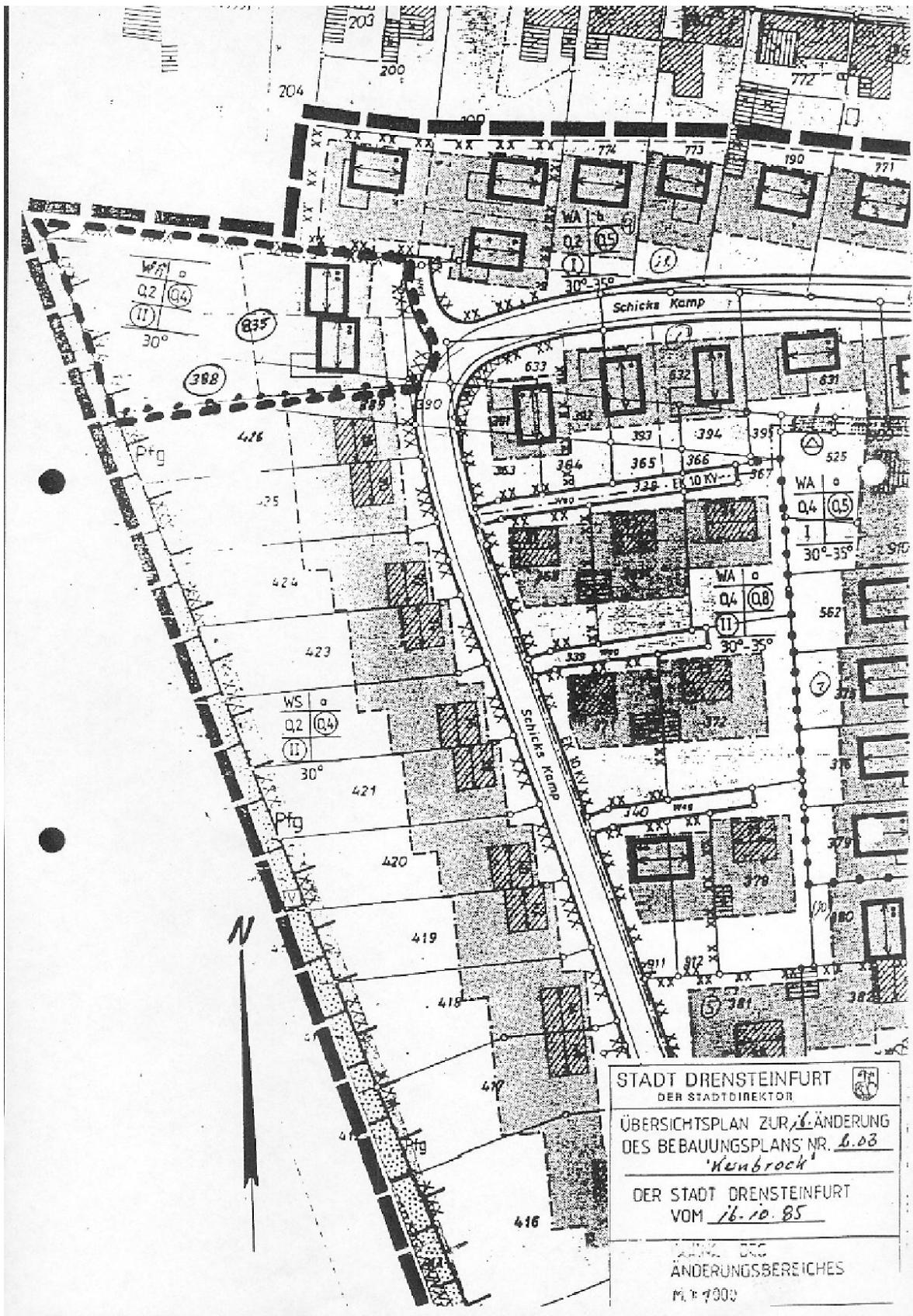
Bekanntmachungsanordnung:

Die Satzung und die zeichnerische Darstellung mit der Begründung über die 16. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2.03 "Kernbrock", Ort und Zeit der Auslegung sowie die aufgrund des Baugesetzbuches und der Gemeindeordnung erforderlichen Hinweise werden hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 16. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2.03 "Kernbrock" gem. § 12 Baugesetzbuch rechtsverbindlich.

Drensteinfurt, den 16. Oktober 1995


A. Leifert
Bürgermeister



STADT DRENSTEINFURT
 DER STADTDIREKTOR
 ÜBERSICHTSPLAN ZUR ÄNDERUNG
 DES BEBAUUNGSPLANS NR. 6.03
 'Kunbrock'
 DER STADT DRENSTEINFURT
 VOM 16.10.85
 1:1000 DRC
 ÄNDERUNGSBEREICHES
 M. 1:1000